

Die neue EU-Kommission

2014 – 2019



- ▶ Überblick für die volkswirtschaftlich wichtigen Ressorts der neuen EU-Kommission: Die neue Struktur der Kommission, die Juncker vorgegeben hat, lässt aufhorchen. Sieben Vizepräsidenten stehen zwanzig Fachkommissaren gegenüber. Diese Struktur ist, zumindest in der Theorie, ein vielversprechendes Konzept gegen die bisherige Überregulierungstendenz in der Europäischen Union.
- ▶ Kurze Bewertung der Arbeitsaufträge der designierten Kommissare: Die vom künftigen Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker verfassten Arbeitsaufträge werfen ein interessantes Schlaglicht auf die Arbeit der Kommission in den nächsten fünf Jahren.

Inhalt

Gute Nachricht aus Brüssel?	3
Erster Vize-Präsident für bessere Rechtsetzung, Interinstitutionelle Beziehungen, Rechtsstaatlichkeit und EU-Grundrechtecharta	4
Vize-Präsident für digitalen Binnenmarkt	5
Vize-Präsident für Energieunion	6
Vize-Präsident für den Euro und sozialen Dialog.....	7
Vize-Präsident für Arbeitsplätze, Wachstum, Investitionen und Wettbewerbsfähigkeit	8
Kommissar für Klimapolitik und Energie.....	9
Kommissarin für Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMUs.....	10
Kommissar für Finanzstabilität, Finanzdienstleistungen und Kapitalmarktunion.....	11
Kommissarin für Justiz, Verbraucher und Gleichstellung der Geschlechter	12
Kommissar für Wirtschafts- und Finanzangelegenheiten, Steuern und Zoll.....	13
Kommissar für digitale Wirtschaft und Gesellschaft.....	14
Kommissarin für Transport und Weltraum.....	15
Kommissarin für Beschäftigung, soziale Angelegenheiten, Qualifikationen und Mobilität der Arbeitnehmer	16
Kommissar für Umweltschutz, Meerespolitik und Fischerei.....	17
Kommissarin für Wettbewerb.....	18
Die weiteren Vize-Präsidenten und Kommissare.....	19

Gute Nachricht aus Brüssel?

Die neue EU-Kommission

Lüder Gerken

Die zukünftige Struktur der Europäischen Kommission, die ihr neuer Präsident Jean-Claude Juncker vorgibt, lässt aufhorchen:

Zukünftig wird es neben ihm einen Ersten Vize-Präsidenten geben, der für bessere Regulierung und Subsidiarität zuständig ist. Er soll dafür sorgen, dass die EU sich nicht länger in einem Regulierungskleinklein verliert, sondern sich auf die großen Probleme konzentriert, die national nicht gelöst werden können. Ein offizielles EU-Dokument bezeichnet ihn ganz offen als „Wachhund“ für die übrigen Kommissare.

Außerdem wird es sechs weitere Vize-Präsidenten geben, die jeweils ein großes Schwerpunktthema koordinieren sollen. Das sind, neben Außenpolitik und EU-Haushalt: Arbeitsplätze, Wachstum, Investitionen und Wettbewerbsfähigkeit; Energieunion; digitaler Binnenmarkt; sowie Euro und sozialer Dialog.

Schließlich wird es nur noch zwanzig statt bislang 27 Fachkommissare geben, die für einen ganz bestimmten Bereich inhaltlich zuständig sind. Diese Fachkommissare werden, entsprechend ihren Aufgabengebieten, den Vize-Präsidenten zugeordnet. Sie haben durchweg mehrere Vize-Präsidenten vor sich. Neu ist auch: Der zuständige Vize-Präsident hat ein Vetorecht, wenn er ein Vorhaben eines Fachkommissars für falsch, überflüssig oder nicht zielförderlich hält.

Diese Struktur ist, zumindest in der Theorie, ein vielversprechendes Konzept gegen die bisherige Überregulierungstendenz in der EU: Zum einen ist es nur noch die Aufgabe von zwanzig Kommissaren, auf EU-Ebene neue Regulierungen zu schaffen oder andere Aktivitäten zu entfalten. Zum anderen gibt es mit dem Ersten Vize-Präsidenten und den im Einzelfall zuständigen Vize-Präsidenten gleich zwei Instanzen, deren Aufgabe es ist, Überregulierung und unnütze Politikvorhaben zu verhindern.

Es bleibt allerdings abzuwarten, inwieweit sich dieses Konzept im Brüsseler Alltag durchsetzen kann. Erstens haben hier die Generaldirektionen, also die Beamten der EU-Kommission, ein gewichtiges Wort mitzureden. Zweitens wird der Erfolg auch von den 27 Personen abhängen, die als Vize-Präsidenten und Fachkommissare die einzelnen Aufgaben zu verrichten haben.

Anders als der Regierungschef einer nationalen Regierung kann der Kommissionspräsident sie nicht auswählen. Er hat nicht einmal ein Vorschlagsrecht. Vielmehr kann jeder Mitgliedstaat eine Person nominieren. Dem Kommissionspräsidenten obliegt es allerdings, die Ressorts zuzuschneiden und sie auf die von den Mitgliedstaaten nominierten Kommissare zu verteilen.

Die so zusammengestellte Kommission muss vom Europäischen Parlament gewählt werden. Dieses wird dafür vom 29. September bis zum 7. Oktober in Anhörungen die designierten Kommissare einzeln auf Herz und Nieren prüfen. Am 22. Oktober will es abstimmen. Am 1. November soll die gewählte Kommission die Amtsgeschäfte aufnehmen.

Um die Mitglieder der zukünftigen Kommission von vornherein inhaltlich auf seine Linie zu zwingen, hat Jean-Claude Juncker bereits jetzt, vor ihrer Wahl, jedem von ihnen einen individuellen Brief geschrieben. In diesen 27 Briefen gibt er ihnen für ihre Amtszeit differenzierte Ziele vor und erteilt ihnen erstaunlich konkrete Arbeitsaufträge. Diese Briefe werfen daher ein interessantes Schlaglicht auf die Arbeit der Kommission in den kommenden fünf Jahren.

Der vorliegende ceplnput gibt für die volkswirtschaftlich wichtigsten Ressorts der zukünftigen Kommission einen Überblick über die designierten Kommissare sowie die ihnen jeweils vorgegebenen Ziele und Arbeitsaufträge und unterzieht diese einer kurzen Bewertung.

Erster Vize-Präsident

Bessere Rechtsetzung, Interinstitutionelle Beziehungen, Rechtsstaatlichkeit und EU-Grundrechtecharta



Frans Timmermans

Progressive Allianz der Sozialdemokraten (S&D),
Niederlande

Kooperiert mit allen Vize-Präsidenten, koordiniert die Arbeit der Kommissare für

- Migration und Inneres (Dimitris **Avramopoulos**, Griechenland)
- Justiz, Verbraucher und Gleichstellung der Geschlechter (Věra **Jourová**, Tschechische Republik)

Zielvorgaben von Jean-Claude Juncker für Frans Timmermans

- Koordination aller Arbeiten der Kommission zur Charta der Grundrechte
- Koordination der Arbeit aller Kommissare bei der Umsetzung der Agenda „bessere Rechtsetzung“
- Vertiefung der Beziehungen der Kommission zu den anderen EU-Einrichtungen und den nationalen Parlamenten

Arbeitsaufträge	cepBewertung
Umsetzung der Programme für „bessere Rechtsetzung“ und für Bürokratieabbau („REFIT“).	Der Abbau von vorhandener und die Verhinderung neuer Bürokratie verbessern die Wettbewerbsfähigkeit und stärken den Standort Europa.
Gewährleistung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit bei allen Arbeiten der Kommission.	Den Geist der Subsidiarität neu beleben, sich vom Kleinklein der Alltagsregulierung verabschieden und sich auf die wichtigen Fragen zu konzentrieren, verbessert die Akzeptanz der EU.
Durchsetzung der Rahmenvereinbarung über die Beziehungen zwischen dem Europäischen Parlament und der Kommission sowie Koordinierung der interinstitutionellen Zusammenarbeit bei der Programmplanung und der besseren Rechtsetzung.	Die Rahmenvereinbarung verlangt von der Kommission ein hohes Maß an Transparenz bei der Vorbereitung von Rechtsakten. Dies verbessert die Fähigkeit des Europäischen Parlaments zur Kontrolle der Kommission, insbesondere bei delegierten Rechtsakten.
Verständigung mit dem Europäischen Parlament und dem Rat innerhalb von drei Monaten, welche offenen Legislativvorschläge zurückgezogen werden sollen (Diskontinuität).	Umstrittene Vorhaben können aufgegeben werden.
Koordinierung und Vertiefung der Beziehungen der Kommissare zu den nationalen Parlamenten .	Die frühe Einbindung der nationalen Parlamente kann das gegenseitige Verständnis und damit den Ausgleich zwischen gesamteuropäischen und nationalen Belangen verbessern.
Dialog mit Kirchen, religiösen Vereinigungen und nicht-konfessionellen Organisationen.	Der bevorzugte Dialog mit einzelnen Gruppierungen birgt die Gefahr, dass Sonderinteressen bevorzugt werden.
Abschluss der Verhandlungen über den Beitritt zur Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK).	Im Lissabon-Vertrag hat sich die EU zum Beitritt zur EMRK verpflichtet. Dieser Verpflichtung sollte sie nachkommen.
Koordinierung in der Kommission bei Verstößen eines Mitgliedstaates gegen rechtsstaatliche Prinzipien. Überprüfung der Erfüllung der Beitrittskriterien von Bulgarien und Rumänien .	Die EU tut gut daran, die (Weiter-)Entwicklung der Rechtsstaatlichkeit in den Mitgliedstaaten zu fördern. Verlässliche und unabhängige Rechtssysteme sind unabdingbar.
Koordinierung der Arbeiten an einem Lobbyisten-Register mit Registrierungspflicht für das Europäische Parlament, den Rat und die Kommission.	Eine Registrierungspflicht für Verbände erhöht die Transparenz und damit die Akzeptanz der politischen Arbeit.

Vize-Präsident

Digitaler Binnenmarkt



Andrus Ansip

Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa (ALDE), Estland

Steuert und koordiniert die Arbeit der Kommissare für

- Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMUs (Elżbieta **Bieńkowska**, Polen)
- Regionalpolitik (Corina **Crețu**, Rumänien)
- Landwirtschaft und Regionale Entwicklung (Phil **Hogan**, Irland)
- Justiz, Verbraucher und Gleichstellung der Geschlechter (Věra **Jourová**, Tschechische Republik)
- Wirtschafts- und Finanzangelegenheiten, Steuern und Zoll (Pierre **Moscovici**, Frankreich)
- Digitale Wirtschaft und Gesellschaft (Günther **Oettinger**, Deutschland)
- Beschäftigung, soziale Angelegenheiten, Qualifikationen und Mobilität der Arbeitnehmer (Marianne **Thyssen**, Belgien)

Zielvorgaben von Jean-Claude Juncker für Andrus Ansip

- Globale Führungsstellung Europas in den Informations- und Kommunikationstechnologien
- Vollendung eines digitalen Binnenmarkts, insbesondere Aufbrechen von nationalem Denken in der TK-Regulierung, im Copyright- und Datenschutzrecht, in der Funkfrequenzpolitik sowie im Wettbewerbsrecht
- Anregung privater und öffentlicher Investitionen

Arbeitsaufträge	cepBewertung
<p>Vollendung des digitalen Binnenmarkts durch</p> <ul style="list-style-type: none"> • eine „ambitionierte“ Reform des TK-Rechtsrahmens, • die Modernisierung, Vereinfachung und vollständige Harmonisierung von Verbraucher- und Datenschutz-Vorschriften für den Online-Handel, • die Schaffung gleicher Wettbewerbsbedingungen für alle Online-Anbieter von Waren und Dienstleistungen, • die Modernisierung der Copyright-Gesetzgebung. 	<p> Im grenzenlosen Internet sind unterschiedliche nationale Daten- und Verbraucherschutzstandards überholt. Eine Harmonisierung senkt die Kosten und gleicht Wettbewerbsbedingungen an.</p> <p>Für die Wettbewerbsgleichheit ist es wichtig, bestehende Verzerrungen zwischen „Over the top“-Diensten und klassischen TK-Diensten aufzuheben.</p> <p>Die Harmonisierung der Copyrightregeln stärkt den Binnenmarkt.</p>
<p>Gemeinsam mit dem Vize-Präsidenten für Investitionen, Jyrki Katainen: Förderung privater und öffentlicher Investitionen in Breitbandnetze.</p>	<p> Ziel sollte sein, private Investitionen in Breitbandnetze zu vereinfachen. Dazu muss in den EU-weiten Rahmenbedingungen des TK-Sektors Rechtssicherheit für langfristige Investitionen geschaffen werden.</p>
<p>Abschluss der Verhandlungen zur Datenschutzgrundverordnung.</p>	<p> Im grenzenlosen Internet sind unterschiedliche nationale Datenschutzstandards überholt. Eine Harmonisierung senkt die Kosten und gleicht Wettbewerbsbedingungen an.</p>
<p>Überprüfung des Safe-Harbour-Abkommens mit den USA.</p>	<p> Die Überprüfung des Safe-Harbour-Abkommens, das regelt wie EU-Unternehmen Daten legal in die USA übermitteln können, ist überfällig.</p>
<p>Freiheit und Schutzmechanismen aus der Offline-Welt auch online garantieren. Bekämpfung der Cyberkriminalität.</p>	<p> Das Internet wird immer mehr zu einer kritischen Infrastruktur. Sachgerecht ist daher der Richtlinienvorschlag der Barroso-Kommission zur Netz- und Informationssicherheit. Sinnvoll ist u.a. eine Meldepflicht für größere Unternehmen bei Cyberangriffen.</p>
<p>Einsatz für mehr eGovernment in den Mitgliedstaaten und in der Kommission.</p>	<p> Der Einsatz elektronischer Verfahren kann die Effizienz der öffentlichen Verwaltung steigern und die Einführung neuer Technologien auch in der Privatwirtschaft erleichtern.</p>

Vize-Präsident

Energieunion



Maroš Šefčovič

Progressive Allianz der Sozialdemokraten (S&D), Slowakei

Steuert und koordiniert die Arbeit insbesondere der Kommissare für

- Klimapolitik und Energie (Miguel **Arias Cañete**, Spanien)
- Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMUs (Elżbieta **Bieńkowska**, Polen)
- Transport und Weltraum (Violeta **Bulc**, Slowenien)
- Umweltschutz, Meerespolitik und Fischerei (Karmenu **Vella**, Malta)

Zielvorgaben von Jean-Claude Juncker für Maroš Šefčovič

- Aufbau einer europäischen Energieunion unter Beachtung der Klimapolitik
- Verringerung der Energieabhängigkeit einiger Mitgliedstaaten von einzelnen Energielieferanten
- Förderung des Anteils erneuerbarer Energien am Energieverbrauch aus klima- und industriepolitischen Gründen
- Verbesserung der Energieeffizienz insbesondere im Gebäudesektor

Arbeitsaufträge	cepBewertung
Koordinierung der Maßnahmen zur Erreichung der Energieziele für 2020 und 2030 .	 Die Koordinierung kann ineffiziente Überschneidungen und Widersprüche zwischen Maßnahmen vermeiden.
Vollendung des Energiebinnenmarkts durch <ul style="list-style-type: none"> • Verbindung der nationalen Energieinfrastruktur und • Durchsetzung des bestehenden EU-Rechts. 	 Das Fehlen grenzüberschreitender Energieinfrastruktur und die mangelnde Durchsetzung des bestehenden EU-Rechts haben dazu geführt, dass der Energiebinnenmarkt unvollendet ist.
Stärkung der Energieversorgungssicherheit durch <ul style="list-style-type: none"> • Diversifikation der Energielieferländer und -routen sowie • Bündelung der Verhandlungsmacht gegenüber Drittstaaten. 	 Die Diversifikation der Energielieferländer und -routen kann die Energieversorgungssicherheit verbessern. Eine Bündelung der Verhandlungsmacht darf Anreize der Mitgliedstaaten, in transnationale Energieleitungen zu investieren, nicht verringern.
Ausbau der Führungsrolle Europas bei erneuerbaren Energien .	 Der Anteil erneuerbarer Energien am Energiemix sollte nicht vorgeschrieben, sondern durch den EU-Emissionsrechtehandel (EU-ETS) ermittelt werden. Die EU sollte eine den Standortwettbewerb anregende Europäisierung der Förderpolitik sowie die Nutzung marktnaher und technologieneutraler Instrumente fördern.
Förderung der Energieeffizienz zur Verwirklichung eines Energieeffizienzziels von mindestens 30% bis 2030.	 Die Entscheidung über Effizienzverbesserungen sollte bei den Marktakteuren liegen. Sonst droht Ineffizienz in Form zu teuer erkaufte Energieeinsparungen.
Mobilisierung öffentlicher und privater Investitionen in die Energieinfrastruktur, erneuerbare Energien und die Energieeffizienz.	 Die EU sollte sich darauf konzentrieren, innovations- und investitionsfreundliche Rahmenbedingungen für den Netzausbau zu schaffen, und Anreize setzen, in die grenzüberschreitende Energieinfrastruktur zu investieren.

Vize-Präsident

Euro und sozialer Dialog



Valdis Dombrovskis
Europäische Volkspartei (EVP), Lettland

Steuert und koordiniert die Arbeit der Kommissare für

- Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMUs (Elżbieta **Bieńkowska**, Polen)
- Regionalpolitik (Corina **Crețu**, Rumänien)
- Finanzstabilität, Finanzdienstleistungen und Kapitalmarktunion (Jonathan **Hill**, UK)
- Justiz, Verbraucher und Gleichstellung der Geschlechter (Věra **Jourová**, Tschechische Republik)
- Wirtschafts- und Finanzangelegenheiten, Steuern und Zoll (Pierre **Moscovici**, Frankreich)
- Beschäftigung, soziale Angelegenheiten, Qualifikationen und Mobilität der Arbeitnehmer (Marianne **Thyssen**, Belgien)

Zielvorgaben von Jean-Claude Juncker für Valdis Dombrovskis

- Reformen zur Konvergenz der Wirtschafts-, Fiskal- und Arbeitsmarktpolitiken der Euro-Staaten
- Reformen zur Bewahrung der Stabilität des Euros
- Bündelung und Ergänzung der Vorschriften zur Stabilisierung der Euro-Zone sowie demokratische Legitimierung der darauf beruhenden Maßnahmen

Arbeitsaufträge	cepBewertung
<p>Straffung und bessere Durchsetzung des Europäischen Semesters. Stärkere Einbeziehung „nationaler Akteure“ in das Europäische Semester.</p>	<p> Das Europäische Semester, mit dem die Kommission die Mitgliedstaaten zu wirtschaftspolitischen Reformen und zu sorgfältiger Haushaltsplanung auffordert, ist zu komplex und entfaltet zu wenig Handlungsdruck. Dies muss sich in der Tat ändern. Die stärkere Einbeziehung der nationale Parlamente kann die Akzeptanz des Europäischen Semesters erhöhen und fördert damit die Umsetzung der erforderlichen Maßnahmen.</p>
<p>Förderung des sozialen Dialogs und Einbindung der Sozialpartner auf EU-Ebene zur besseren Umsetzung der EU-Kommissionsprioritäten.</p>	<p> Die Einbindung der Sozialpartner auf europäischer Ebene kann Widerstände gegen EU-Maßnahmen abbauen. Zudem können soziale Aspekte besser berücksichtigt werden.</p>
<p>Weiterführung des Fahrplans für eine „echte Wirtschafts- und Währungsunion“, der von der EU-Kommission und den vier Präsidenten der EU entwickelt wurde. Hierbei soll insbesondere die soziale Dimension berücksichtigt werden.</p>	<p> Im Fahrplan fehlen wichtige Maßnahmen zur Stabilisierung der Euro-Zone, u.a. eine Insolvenzordnung für Staaten und die Pflicht für Finanzinstitute, europäische Staatsanleihen mit Eigenkapital zu hinterlegen. Auch enthält er problematische Vorschläge, u.a. eine „Versicherung“ für die Euro-Staaten zur Abfederung von Schocks oder eine „Fiskalkapazität“ zur Unterstützung wirtschaftspolitischer Reformen.</p>
<p>Förderung struktureller Reformen in den Mitgliedstaaten, ggf. durch finanzielle Anreize und eine Fiskalkapazität für die Euro-Zone.</p>	<p> Reformen sind unverzichtbar. Einige Euro-Staaten verlassen sich lieber auf die EZB. Finanzielle Anreize und eine Fiskalkapazität für die Euro-Zone können dieses Problem nicht lösen. Vielmehr besteht die Gefahr von Mitnahmeeffekten und Moral Hazard.</p>
<p>„Stabilitätsorientierte“ Überprüfung des Stabilitäts- und Wachstumspakts.</p>	<p> Die gesetzlich vorgeschriebene Überprüfung des Pakts darf nicht zu dessen Aufweichung führen.</p>
<p>Überarbeitung der Vorgehensweise, wie Euro-Staaten Finanzhilfen gewährt werden. Dies soll die Möglichkeit einschließen, die Troika durch ein demokratisch legitimes Gremium zu ersetzen. Zudem soll neben der Schuldentragfähigkeitsanalyse eine soziale Folgenabschätzung vorgenommen werden.</p>	<p> Die Parlamente der Krisen-Staaten haben dem jeweiligen Anpassungsprogramm zugestimmt. Die Maßnahmen, die die Troika überwacht, sind somit demokratisch legitimiert. Eine weitere demokratische Legitimierung darf nicht zu Lasten der Gläubiger-Staaten gehen. Eine soziale Folgenabschätzung kann helfen, unnötige soziale Härten in einem Anpassungsprogramm zu vermeiden. Sie darf aber nicht dazu führen, dass notwendige strukturelle Reformen nicht durchgeführt werden. Denn soziale Härten sind umso größer, je später Reformen durchgeführt werden.</p>

Vize-Präsident

Arbeitsplätze, Wachstum, Investitionen und Wettbewerbsfähigkeit



Jyrki Katainen

Europäische Volkspartei (EVP), Finnland

Steuert und koordiniert die Arbeit der Kommissare für

- Klimapolitik und Energie (Miguel **Arias Cañete**, Spanien)
- Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMUs (Elżbieta **Bieńkowska**, Polen)
- Regionalpolitik (Corina **Crețu**, Rumänien)
- Finanzstabilität, Finanzdienstleistungen und Kapitalmarktunion (Jonathan **Hill**, UK)
- Wirtschafts- und Finanzangelegenheiten, Steuern und Zoll (Pierre **Moscovici**, Frankreich)
- Digitale Wirtschaft und Gesellschaft (Günther **Oettinger**, Deutschland)
- Transport und Weltraum (Violeta **Bulc**, Slowenien)
- Beschäftigung, soziale Angelegenheiten, Qualifikationen und Mobilität der Arbeitnehmer (Marianne **Thyssen**, Belgien)

Zielvorgaben von Jean-Claude Juncker für Jyrki Katainen

- Wirtschaftliche Erholung
- Schaffung von Arbeitsplätzen
- Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit
- Anregung privater Investitionen in der Realwirtschaft, auch durch „besseren“ Einsatz von EU-Geldern
- Schaffung investitionsfreundlicher Rahmenbedingungen und eines Klimas für Unternehmertum und Arbeitsplatzaufbau

Arbeitsaufträge	cepBewertung
Baldige Vorlage eines Maßnahmenpakets zur Förderung von <ul style="list-style-type: none"> • Arbeitsplätzen, • Wachstum und • Investitionen. Dabei sollen in den nächsten drei Jahren 300 Mrd. Euro an privatem und öffentlichem Kapital mobilisiert werden.	🟡🟡 Öffentliche Ausgabenprogramme können die wirtschaftliche Erholung der EU nicht herbeiführen. Wichtiger ist die in den Zielvorgaben eingeforderte Ausrichtung der EU-Regulierung auf investitionsfreundliche Rahmenbedingungen und die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit durch Strukturreformen.
EU-Haushalt und Europäische Investitionsbank (EIB) sind stärker auf die Anregung privater Investitionen auszurichten.	🟡🟡 Es gibt großes Potential, die EU-Mittel effektiver als heute einzusetzen. Die Subventionierung privater Investitionen kann jedoch zu Fehlanreizen führen und beinhaltet Risiken für die Steuerzahler. Die Ursachen für die geringe Investitionstätigkeit – fehlende Renditeperspektiven – sollten nicht unbeachtet bleiben.
Die EU-Investitionspolitik ist zu konzentrieren auf: <ul style="list-style-type: none"> • Breitbandausbau, Energienetze und Verkehrsinfrastruktur, • Bildung, Forschung und Innovationen sowie • erneuerbare Energien und Energieeffizienz auch zur Senkung der Jugendarbeitslosigkeit	🟡🟡 Auch wenn Investitionsbedarf besteht, erhöht die Lenkung das Risiko von Fehlallokationen. Wichtiger wäre es, EU-weit geltende Rahmenbedingungen zu schaffen, die private Investitionen attraktiv machen. Wichtig sind insbesondere sektorspezifische Regulierungen, die Rechtssicherheit für langfristige Investitionen herbeiführen.
Im „mehrjährigen Finanzrahmen“ der EU sollen ab 2016 mehr EU-Gelder für Arbeitsplätze, Wachstum, Investitionen und Wettbewerbsfähigkeit eingeplant werden.	🟡🟡 Es gibt großes Potential, die EU-Mittel effektiver als heute einzusetzen. Mehr als europäischer Ausgabenprogramme bedarf es aber struktureller Maßnahmen in den jeweiligen Mitgliedstaaten.
Sicherstellung, dass die wirtschaftspolitische Koordination “ der mitgliedstaatlichen Wirtschaftspolitik effektiv und erfolgreich ist. Zentral dabei sind strukturelle Reformen , wobei deren soziale Auswirkungen zu beachten sind.	🟡🟡 Eine Koordinierung der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten ist dann sinnvoll, wenn sie die Staaten früh auf strukturelle Probleme hinweist, die dann behoben werden. Bislang hat sie nicht dazu geführt. Es gibt daher erheblichen Verbesserungsbedarf.
Im Zentrum der Kommissionsarbeit muss die Wettbewerbsfähigkeit stehen.	🟢🟢 Sachgerecht: Strukturreformen in den Mitgliedstaaten zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit sind unverzichtbar.

Kommissar

Klimapolitik und Energie



Miguel Arias Cañete
Europäische Volkspartei (EVP), Spanien

Enge Zusammenarbeit mit den Vize-Präsidenten für

- Energieunion (Maroš Šefčovič, Slowakei)
- Arbeitsplätze, Wachstum, Investitionen und Wettbewerbsfähigkeit (Jyrki Katainen, Finnland)

Zielvorgaben von Jean-Claude Juncker für Miguel Arias Cañete

- Aufbau einer europäischen Energieunion unter Beachtung der Klimapolitik
- Verringerung der Energieabhängigkeit einiger Mitgliedstaaten von einzelnen Energielieferanten
- Förderung erneuerbarer Energien aus klima- und industriepolitischen Gründen
- Verbesserung der Energieeffizienz insbesondere im Gebäudesektor

Arbeitsaufträge	cepBewertung
Vollendung des Energiebinnenmarkts durch <ul style="list-style-type: none"> • Auswahl relevanter Energieinfrastrukturprojekte sowie • Durchsetzung des bestehenden EU-Rechts. 	Das Fehlen grenzüberschreitender Energieinfrastruktur und die mangelnde Durchsetzung des bestehenden EU-Rechts haben dazu geführt, dass der Energiebinnenmarkt unvollendet ist.
Stärkung der Energieversorgungssicherheit durch <ul style="list-style-type: none"> • Diversifikation der Energielieferländer und -routen sowie • Bündelung der Verhandlungsmacht gegenüber Drittstaaten. 	Die Diversifikation der Energielieferländer und -routen kann die Energieversorgungssicherheit verbessern. Eine Bündelung der Verhandlungsmacht darf Anreize der Mitgliedstaaten, in transnationale Energieleitungen zu investieren, nicht verringern.
Förderung erneuerbarer Energien .	Der Anteil erneuerbarer Energien am Energiemix sollte nicht vorgeschrieben, sondern durch den EU-Emissionsrechtehandel (EU-ETS) ermittelt werden. Die EU sollte eine den Standortwettbewerb anregende Europäisierung der Förderpolitik sowie die Nutzung marktnaher und technologieneutraler Instrumente fördern.
Förderung der Energieeffizienz .	Die Entscheidung über Effizienzverbesserungen sollte bei den Marktakteuren liegen. Sonst droht Ineffizienz in Form zu teuer erkaufter Energieeinsparungen.
Mobilisierung von öffentlichen und privaten Investitionen in die Energieinfrastruktur, erneuerbare Energien und die Energieeffizienz im Rahmen des „Pakets für Beschäftigung, Wachstum und Investitionen“.	Die EU sollte sich darauf konzentrieren, innovations- und investitionsfreundliche Rahmenbedingungen für den Netzausbau zu schaffen und Anreize setzen, in die grenzüberschreitende Energieinfrastruktur zu investieren.
Stärkung des EU-Emissionshandelssystems (EU-ETS) .	Das EU-ETS ist ein ökologisch treffsicheres und zugleich ökonomisch effizientes Instrument und sollte auf weitere Sektoren ausgedehnt und vor diskretionären Eingriffen geschützt werden.
Vorbereitung von Rechtsakten zur Umsetzung der Klima- und Energiepolitik 2030 .	Die EU sollte marktwirtschaftlichen Instrumenten den Vorrang vor ordnungsrechtlichen Eingriffen geben. Dies bleibt offen.
Vorbereitung der EU auf eine tragende Rolle in der internationalen Klimapolitik bei der UN-Klimakonferenz in Paris 2015.	Die EU sollte alle großen Wirtschaftsmächte und -sektoren in ein internationales Klimaschutzabkommen einbinden, um Emissionsverlagerungen vorzubeugen und kostengünstige Reduktionspotentiale zu erschließen.

Kommissarin

Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMUs



Elżbieta Bienkowska

Europäische Volkspartei (EVP), Polen

Enge Zusammenarbeit mit den Vize-Präsidenten für

- Digitaler Binnenmarkt (Andrus **Ansip**, Estland)
- Energieunion (Maroš **Šefčovič**, Slowakei)
- Euro und sozialer Dialog (Valdis **Dombrovskis**, Lettland)
- Arbeitsplätze, Wachstum, Investitionen und Wettbewerbsfähigkeit (Jyrki **Katainen**, Finnland)

Zielvorgaben von Jean-Claude Juncker für Elżbieta Bienkowska

- Ausschöpfung der Potentiale des Binnenmarkts in allen Dimensionen
- Vollendung des Binnenmarkts für Güter und Dienstleistungen
- Binnenmarkt zum Ausgangspunkt für Unternehmen machen, um in der globalen Wirtschaft erfolgreich zu sein
- Stärkung des Dienstleistungssektors und des Industriegesektors sowie Ausschöpfung der Synergien zwischen beiden Sektoren
- Wahrung der globalen Führerschaft Europas in strategisch wichtigen Sektoren, insbesondere der Automobil-, Luftfahrt- und Maschinenbauindustrie sowie der chemischen und pharmazeutischen Industrie

Arbeitsaufträge	cepBewertung
<p>Beseitigung von Hindernissen im Binnenmarkt für Güter und Dienstleistungen.</p> <p>Stärkere Anwendung des Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung im Binnenmarkt.</p> <p>Förderung der Freizügigkeit für qualifizierte Fachkräfte.</p>	<p> Der Abbau von Hindernissen im Binnenmarkt stärkt den Wettbewerb.</p> <p>Der Grundsatz der gegenseitigen Anerkennung ist gegenüber der Harmonisierung vorteilhaft, da er nicht zu Überregulierung führt und die Traditionen der Mitgliedstaaten berücksichtigt.</p> <p>Die Förderung der Freizügigkeit für qualifizierte Fachkräfte kann helfen, Arbeitskräftemangel und Arbeitslosigkeit abzubauen.</p>
<p>Steigerung des Industrieanteils am BIP von momentan weniger als 16% auf 20% der EU im Jahr 2020. Insbesondere für KMUs:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Stimulation von Investitionen in neue Technologien, • Verbesserung wirtschaftlicher Rahmenbedingungen und • Erleichterung des Zugangs zu Märkten und Finanzierungen. 	<p> Der Anteil der Industrieproduktion am BIP besitzt keinen Eigenwert.</p> <p>Um Investitionen anzustoßen, müssen zum einen die Finanzierungsmöglichkeiten verbessert werden. Zum anderen müssen die nachfrageseitigen Ursachen für das Ausbleiben von Investitionen angegangen werden. Dafür sind hauptsächlich Strukturreformen der Mitgliedstaaten zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit notwendig.</p> <p>Die Stimulation von Investitionen in neue Technologien kann zu einem ineffizienten Einsatz von Kapital führen.</p>
<p>Identifizierung neuer Quellen für Wachstum und Arbeitsplätze, um dadurch zum Erfolg des Europäischen Semesters beizutragen.</p>	<p> Die Schaffung von Arbeitsplätzen und Wachstum kann am effektivsten durch Rahmenbedingungen erreicht werden, bei denen sich die Regulierung auf ein Minimum beschränkt. Marktteilnehmer werden die besten Wachstumsquellen dann selbst finden. Interventionistische Maßnahmen leiten Ressourcen hingegen leicht in unzureichend produktive Bereiche.</p>
<p>Beitrag zur Agenda für bessere Rechtsetzung.</p>	<p> Eine stärkere Beachtung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit bei der Rechtsetzung der EU sowie Bürokratieabbau sind sachgerecht.</p>

Kommissar

Finanzstabilität, Finanzdienstleistungen und Kapitalmarktunion



Jonathan Hill

Europäische Konservative und Reformisten (ECR), UK

Enge Zusammenarbeit mit den Vize-Präsidenten für

- Euro und sozialer Dialog (Valdis **Dombrovskis**, Lettland)
- Arbeitsplätze, Wachstum, Investitionen und Wettbewerbsfähigkeit (Jyrki **Katainen**, Finnland)

Zielvorgaben von Jean-Claude Juncker für Jonathan Hill

- Vollständige Umsetzung der neuen europäischen Bankenaufsichts- und Bankenabwicklungsregeln
- „Sozial faire“ Regeln, d.h. Vermeidung von Fehlanreizen bei Finanzmarktmanagern und Stärkung der Verbraucherrechte
- Robustere Banken, um die Kreditvergabe an die Realwirtschaft zu beleben
- Schaffung einer Finanzierungsquelle für langfristige und innovative Projekte durch Weiterentwicklung und engere Verflechtung der EU-Kapitalmärkte

Arbeitsaufträge	cepBewertung
Verbesserungen bei der Finanzierung von langfristigen Investitionen , insbesondere durch <ul style="list-style-type: none"> • nachhaltige Belegung des Marktes für „hochqualitative Verbriefungen“, • Verringerung der Kapitalbeschaffungskosten und • geringere Abhängigkeit der Unternehmen von der Bankenkrediten. 	 Vertrauen in den Verbriefungsmarkt ließe sich, wie derzeit erwogen, durch ein EU-Label zurückgewinnen. Es wäre für dessen Glaubwürdigkeit aber kontraproduktiv, langfristige Investitionen dabei bevorzugt zu behandeln. Geringere Kapitalbeschaffungskosten erleichtern die Finanzierung von Investitionen. Dazu die Anforderungen an die Eigenkapitalhinterlegung zu senken, muss aber gut überlegt sein. Die vermeintliche Abhängigkeit von Banken kann das geringe Kreditvolumen nicht ausreichend erklären. Neben angebotsseitigen Problemen bei den schwächelnden Banken fehlt es oftmals an überzeugenden Investitionsprojekten.
Termingerechte Umsetzung der verabschiedeten Finanzmarktregeln , einschließlich der erforderlicher delegierten Rechtsakte und Durchführungsrechtsakte.	 In den nächsten Jahren steht der Erlass von hunderten delegierten Rechtsakten und Durchführungsrechtsakten an. Wichtig sind ausreichende Konsultationen und die Ausschöpfung der gesetzlichen Fristen für die Prüfung durch Rat und EP. Nur so kann sichergestellt werden, dass die Kommission und die Finanzaufsichtsbehörden das ihr erteilte Mandat nicht überschreiten.
Reform der Europäischen Finanzaufsichtsbehörden (EBA, EIOPA und ESMA) und des Europäischen Ausschusses für Systemrisiken (ESRB). Sie sollen <ul style="list-style-type: none"> • mit der einheitlichen Bankenaufsicht (SSM) und dem einheitlichen Bankenabwicklungsmechanismus (SRM) der Eurozone zusammenarbeiten sowie • vollständig von den beaufsichtigten Finanzunternehmen finanziert werden. 	 Für eine zumindest teilweise öffentliche Finanzierung der Aufsichtsbehörden spricht zum einen, dass eine wirksame Finanzaufsicht im öffentlichen Interesse liegt, und zum anderen, dass das EP die parlamentarische Kontrolle über diese Behörden dank seines Budgetrechts über Mittelzuweisungen besser durchsetzen kann.
Schaffung einer integrierten Kapitalmarkt-Union bis 2019.	 Das Potential des EU-Kapitalmarkts wird derzeit nicht ausgeschöpft. Eine Kapitalmarkt-Union kann die Allokation des Kapitals verbessern und Investitionskosten senken.
Reform des EU-Rechts für digitale Zahlungen , die sichere Online-Einkäufe ermöglicht. Ggf. Vorschriften für virtuelle Währungen.	 Die Barroso-Kommission hat eine neue Zahlungsdiensterichtlinie (PSD II) vorgeschlagen, die viele sinnvolle Elemente umfasst. Auf eine Regulierung aller Interbankenentgelte bei Kartenzahlungen (MIF-Verordnung) sollte verzichtet werden.

Kommissarin

Justiz, Verbraucher und Gleichstellung der Geschlechter



Věra Jourová

Progressive Allianz der Sozialdemokraten (S&D),
Tschechische Republik

Enge Zusammenarbeit mit den Vize-Präsidenten für

- Euro und sozialer Dialog (Valdis **Dombrovskis**, Lettland)
- Arbeitsplätze, Wachstum, Investitionen und Wettbewerbsfähigkeit (Jyrki **Katainen**, Finnland)
- Bessere Rechtsetzung, Interinstitutionelle Beziehungen, Rechtsstaatlichkeit und EU-Grundrechtecharta (Frans **Timmermans**, Niederlande)

Zielvorgaben von Jean-Claude Juncker für Věra Jourová

- Verringerung der nationalen Unterschiede im Justizwesen und in der Verbraucherpolitik
- Stärkung des Binnenmarktes
- Abbau von Bürokratie
- Förderung des grenzüberschreitenden Waren- und Kapitalverkehrs sowie des Wirtschaftswachstums

Arbeitsaufträge	cepBewertung
Abschluss der Verhandlungen über den Beitritt zur Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) .	 Seit dem Inkrafttreten des Lissabon-Vertrags zum 1. Dezember 2009 ist die EU rechtlich zum Beitritt zur EMRK verpflichtet. Dieser Verpflichtung sollte sie schnellstmöglich nachkommen, sobald der EuGH sein Gutachten zu dieser Frage erstattet hat.
Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und Kampf gegen Diskriminierung , insbesondere durch Wiederaufnahme der Verhandlungen über die Richtlinie zur Gleichbehandlung außerhalb des Berufs [KOM(2008) 426].	 Es ist damit zu rechnen, dass bei der Geschlechtergleichstellung das vom Europäischen Parlament vorgegebene – verfehlt – Ziel der Ergebnisgleichheit weiterverfolgt wird, anstelle des – richtigen – Ziels der Chancengleichheit.
Schaffung eines verbundenen digitalen Binnenmarktes, insbesondere durch <ul style="list-style-type: none"> • zügige Verabschiedung der EU-Datenschutz-Grundverordnung und • Reform der Vorschriften für Online-Einkäufe. 	 Eine Vereinheitlichung des Datenschutzrechts schafft gleiche Wettbewerbsbedingungen und verringert Aufwand und Kosten für die betroffenen Unternehmen. Die Vereinfachung der Vorschriften für Online-Einkäufe erhöht die Transparenz für Verbraucher und Unternehmen und stärkt damit den Binnenmarkt.
Abschluss der Verhandlungen über ein umfassendes europäisch-amerikanisches Datenschutzabkommen , welches den EU-Bürgern unabhängig vom Wohnsitz Rechtsschutz gewährt. Überprüfung der Safe-Harbor-Vereinbarung.	 Der Sonderstatus, den amerikanische Unternehmen über die Safe-Harbor-Vereinbarung genießen, muss auf den Prüfstand. Wirtschaftlich verzerrt die jetzige Situation den Wettbewerb. Rechtlich ist sie unhaltbar, weil die USA kein der EU vergleichbares Datenschutzniveau aufweisen.
Umsetzung der Agenda zur Schaffung von Arbeitsplätzen und Wirtschaftswachstum, vor allem durch eine Effizienzbewertung der nationalen Justizsysteme .	 Ein effizientes und verlässliches Justizwesen ist eine Voraussetzung für Arbeitsplätze und Wirtschaftswachstum. Eine Beurteilung der verschiedenen Justizsysteme kann dazu beitragen, dass die EU-Staaten voneinander lernen und Schwächen abstellen.
Koordinierung aller Kommissionsinitiativen im Strafrecht . Intensivierung der justiziellen Zusammenarbeit. Bis 2016 Einführung einer Europäischen Staatsanwaltschaft zur Betrugsbekämpfung.	 Die justizielle Zusammenarbeit und die Europäische Staatsanwaltschaft erleichtern die Kriminalitätsbekämpfung. Allerdings müssen dabei unbedingt hohe grundrechtliche Standards gewahrt bleiben.

Kommissar

Wirtschafts- und Finanzangelegenheiten, Steuern und Zoll



Pierre Moscovici

Progressive Allianz der Sozialdemokraten (S&D), Frankreich

Enge Zusammenarbeit mit den Vize-Präsidenten für

- Euro und sozialer Dialog (Valdis **Dombrovskis**, Lettland)
- Arbeitsplätze, Wachstum, Investitionen und Wettbewerbsfähigkeit (Jyrki **Katainen**, Finnland)

Zielvorgaben von Jean-Claude Juncker für Pierre Moscovici

- Förderung von Arbeitsplätzen, Wachstum und Investitionen bei „gesunden“ öffentlichen Haushalten
- Koordinierung der nationalen Wirtschaftspolitiken durch das Europäische Semester
- Durchsetzung des Stabilitäts- und Wachstumspakts „nach Wortlaut und Geist“
- Beitrag zu effizienten, „modernen“ Steuersystemen, Bekämpfung von Steuervermeidung und -hinterziehung, Entwicklung einer effizienten EU-Zollunion

Arbeitsaufträge	cepBewertung
<p>Ausarbeitung von</p> <ul style="list-style-type: none"> • Leitlinien, wie die Flexibilität des Stabilitäts- und Wachstumspakts am besten genutzt werden kann, • Umsetzungsmaßnahmen für das Paket „Arbeitsplätze, Wachstum und Investitionen“, das noch 2014 veröffentlicht wird. 	<p> Leitlinien, die vorgeben, wie der Stabilitäts- und Wachstumspakt ausgelegt wird, können die Durchsetzbarkeit des Pakts erhöhen, da diskretionärer Handlungsspielraum eingeschränkt wird. Allerdings darf die im Pakt vorhandene Flexibilität dabei nicht so weit ausgelegt werden, dass hohe Defizite und Schuldenstände nicht mehr entschieden bekämpft werden.</p>
<p>Straffung und Stärkung des Europäischen Semesters, um mit ihm</p> <ul style="list-style-type: none"> • die EU-Vorschriften für die makroökonomische und fiskalische Überwachung umzusetzen sowie • eine „starke“ Agenda für Strukturreformen unter Beachtung ihrer sozialen Auswirkungen zu verfolgen. <p>Hierbei soll eine größere Bandbreite nationaler Akteure einbezogen werden.</p>	<p> Das Europäische Semester, mit dem die Kommission die Mitgliedstaaten zu wirtschaftspolitischen Reformen und zu sorgfältiger Haushaltsplanung auffordert, ist zu komplex und entfaltet zu wenig Handlungsdruck. Dies muss sich in der Tat ändern. Die stärkere Einbeziehung nationaler Akteure kann die Akzeptanz des Europäischen Semesters erhöhen und fördert damit die Umsetzung der erforderlichen Maßnahmen.</p>
<p>Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion durch „legislative und nicht-legislative“ Maßnahmen.</p>	<p> Eine Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion sollte 1. eine Insolvenzordnung für Euro-Staaten beinhalten und 2. die Pflicht für Finanzinstitute, Staatsanleihen der Mitgliedstaaten mit Eigenkapital zu hinterlegen. Zu beidem steht im Arbeitsauftrag nichts.</p>
<p>Förderung struktureller Reformen in den Mitgliedstaaten, ggf. durch finanzielle Anreize und eine Fiskalkapazität für die Euro-Zone.</p>	<p> Reformen sind unverzichtbar. Einige Euro-Staaten verlassen sich lieber auf die EZB. Finanzielle Anreize und eine Fiskalkapazität für die Euro-Zone können dieses Problem nicht lösen. Vielmehr besteht die Gefahr von Mitnahmeeffekten und Moral Hazard.</p>
<p>„Stabilitätsorientierte“ Überprüfung des Stabilitäts- und Wachstumspakts.</p>	<p> Die gesetzlich vorgeschriebene Überprüfung des Pakts darf nicht zu dessen Aufweichung führen.</p>
<p>Neue „Ausbalancierung“ des Verfahrens für Finanzhilfen und Auflagen an gefährdete Euro-Staaten.</p>	<p> Die Erfolge Irlands, Portugals und Spaniens, die den Rettungsschirm mittlerweile verlassen konnten, zeigen, dass es keiner großen Änderung bei der Gewährung von Finanzhilfen bedarf. Insbesondere die Beteiligung des IWF und die strikte Konditionalität dürfen nicht verändert werden.</p>
<p>Einführung</p> <ul style="list-style-type: none"> • der Finanztransaktionssteuer und • einer einheitlichen Steuerbemessungsgrundlage für Körperschaftssteuern. 	<p> Die Finanztransaktionssteuer verfehlt ihren Lenkungszweck, Finanzinstitute von riskanten Geschäften abzuhalten und Krisen zu verhindern. Sie wird die Stabilität der Finanzmärkte nicht zwingend erhöhen.</p>

Kommissar

Digitale Wirtschaft und Gesellschaft



Günther Oettinger

Europäische Volkspartei (EVP), Deutschland

Enge Zusammenarbeit mit den Vize-Präsidenten für

- Digitaler Binnenmarkt (Andrus **Ansip**, Estland)
- Arbeitsplätze, Wachstum, Investitionen und Wettbewerbsfähigkeit (Jyrki **Katainen**, Finnland)

Zielvorgaben von Jean-Claude Juncker für Günther Oettinger

- Nutzung der Chancen, die die Informationstechnologien bieten
- Überwindung nationalen Denkens in der Regulierung von Telekommunikation, Copyright, Datenschutz und Funkfrequenzen sowie bei der Anwendung des Wettbewerbsrechts
- Schaffung von Rechtssicherheit und Förderung von Investitionen und Innovationen
- Konzentration auf den Verbraucher

Arbeitsaufträge

cepBewertung

<p>Vollendung des digitalen Binnenmarkts durch</p> <ul style="list-style-type: none"> • eine „ambitionierte“ Reform des TK-Rechtsrahmens, • Harmonisierung der nationalen Funkfrequenzpolitiken, • Reform der Copyright-Gesetzgebung, • Abschaffung der Roaming-Entgelte. 	<p>☐ Erforderlich ist die Balance zwischen dem Abbau bestehender Binnenmarkthindernisse und einem fairen Infrastrukturwettbewerb. Für letzteren müssen Verzerrungen zwischen „Over the top“-Diensten und klassischen TK-Diensten beseitigt werden. Harmonisierte Funkfrequenz- und Copyrightregeln stärken den Binnenmarkt. Für ein Verbot von Roamingentgelten gibt es keinen ökonomischen Grund.</p>
<p>Unterstützung des Ausbaus digitaler Netze durch</p> <ul style="list-style-type: none"> • Rahmenbedingungen, die Investitionen ermöglichen und • Beschleunigung von öffentlichen und privaten Investitionen durch die EU. 	<p>☐ Rechtssicherheit über die künftige Zugangsregulierung für Breitbandnetze ist für Infrastrukturinvestitionen zwingend und wichtiger als Subventionen. Netzbetreibern sollten den auf ihren Netzen generierten Mehrwert auch abschöpfen dürfen. Dies setzt die für den Ausbau notwendigen Mittel frei. Strikte Netzneutralitätsregeln konterkarieren dies.</p>
<p>Abschluss der Verhandlungen zur Datenschutzgrundverordnung noch 2015 und Überarbeitung der Privacy-Richtlinie.</p>	<p>☑ Im grenzenlosen Internet sind unterschiedliche nationale Datenschutzstandards überholt. Eine Harmonisierung stärkt den Binnenmarkt, senkt die Kosten und gleicht Wettbewerbsbedingungen an.</p>
<p>Unterstützung der Entwicklung einer europäischen Industrie für Multimedia-Inhalte sowie der freien Entfaltung von neuen Technologien wie Cloud Computing, Internet der Dinge und Big Data.</p>	<p>☐ Die EU sollte innovations- und investitionsfreundliche Rahmenbedingungen setzen. Ob europäische Firmen sich im internationalen Wettbewerb behaupten, wird der Konsument entscheiden.</p>
<p>Unterstützung der Meinungs- und Informationsfreiheit, der Medienvielfalt und der Offenheit des Internets.</p>	<p>☐ cep unterstützt diese Grundsätze. Derzeit ist aber nicht absehbar, dass es dafür Regeln zur Netzneutralität bedarf.</p>
<p>Stärkung des Vertrauens in das Internet, in dessen Sicherheit und in die Vertraulichkeit der Kommunikation. Übernahme einer Führungsrolle bei der Netz- und Informationssicherheit.</p>	<p>☑ Das Internet wird immer mehr zu einer kritischen Infrastruktur. cep unterstützt daher den Richtlinienvorschlag der Barroso-Kommission zur Netz- und Informationssicherheit. Sinnvoll ist u.a. eine Meldepflicht für größere Unternehmen bei Cyberangriffen.</p>

Kommissarin

Transport und Weltraum



Violeta Bulc

parteilos, Slowenien

Enge Zusammenarbeit mit den Vize-Präsidenten für

- Energieunion (Maroš Šefčovič, Slowakei)
- Arbeitsplätze, Wachstum, Investitionen und Wettbewerbsfähigkeit (Jyrki Katainen, Finnland)

Zielvorgaben von Jean-Claude Juncker für Violeta Bulc

- Sicherstellung einer effizienten europäischen Verkehrsinfrastruktur
- Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der EU-Raumfahrtindustrie und eines Binnenmarkts für raumfahrtbasierte Dienste

Arbeitsaufträge	cepBewertung
Förderung von Verkehrsinfrastruktur , die die Entwicklung des Binnenmarkts erleichtert.	Ein reibungsloser grenzüberschreitender Verkehr ist essenziell für das Funktionieren des Binnenmarkts.
Förderung des Transeuropäischen Verkehrsnetzes (TEN-V) .	Das TEN-V soll Engpässe im Verkehr in der EU und mit Drittstaaten beseitigen und grenzüberschreitende Infrastrukturprojekte fördern. Dies erhöht die Effizienz der Verkehrsinfrastruktur.
Mobilisierung der Fazilität Connecting Europe (CEF) zur Finanzierung von Infrastrukturprojekten von EU-weiter Bedeutung.	Durch EU-Gelder können Infrastrukturprojekte gefördert werden, die sonst nicht realisiert würden.
Schaffung eines verkehrsträgerübergreifenden Verkehrssystems .	Die Schaffung eines verkehrsträgerübergreifenden Verkehrsnetzes erhöht die Effizienz der Verkehrsinfrastruktur.
Entwicklung von Maßnahmen, die auf einem nicht-diskriminierenden Nutzerprinzip basieren.	Nutzungsgebühren können zur Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur beitragen. Die Anlastung der Infrastrukturkosten bei den Nutzern ist sachgerecht, da Preise Knappheit signalisieren sollen.
Reduktion der Treibhausgasemissionen im Verkehrssektor.	Offen bleibt, wie die Reduktion der Treibhausgase erfolgen sollte. Sie sollte möglichst kostengünstig erreicht werden, indem das EU-Emissionshandelssystem (EU-ETS) auf alle Verkehrsträger ausgeweitet wird.
Vollendung des Einheitlichen Europäischen Luft-raums (Single European Sky, SES).	Die Schaffung eines SES, insbesondere durch optimierte Flugstrecken, senkt die Kosten für Fluggesellschaften und Passagiere. Zudem sinken der Treibstoffverbrauch und somit die Treibhausgasemissionen pro Flugstrecke.
Entwicklung europäischer Verkehrssicherheitsstandards .	Einheitliche Verkehrssicherheitsstandards können zur Erhöhung der Verkehrssicherheit beitragen.

Kommissarin

Beschäftigung, soziale Angelegenheiten, Qualifikationen und Mobilität der Arbeitnehmer



Marianne Thyssen

Europäische Volkspartei (EVP), Belgien

Enge Zusammenarbeit mit den Vize-Präsidenten für

- Euro und sozialer Dialog (Valdis **Dombrovskis**, Lettland)
- Arbeitsplätze, Wachstum, Investitionen und Wettbewerbsfähigkeit (Jyrki **Katainen**, Finnland)

Zielvorgaben von Jean-Claude Juncker für Marianne Thyssen

- Bewertung der Beschäftigungs- und der sozialen Aspekte im Rahmen des Europäischen Semesters
- Anregungen für Arbeitsmarktreformen
- Koordination der mitgliedstaatlichen Beschäftigungspolitiken
- Stärkung der sozialen Marktwirtschaft in Europa

Arbeitsaufträge	cepBewertung
Vorschläge für die Umsetzung des Maßnahmenpakets „Beschäftigung, Wachstum und Investitionen“, insbesondere für finanzielle Unterstützung zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit .	 Die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit ist eine große Herausforderung. Der Schwerpunkt muss auf strukturellen Reformen liegen, die Einstellungen von Jugendlichen attraktiver machen. Die bloße finanzielle Förderung ist langfristig keine Lösung. Zudem darf die Unterstützung Jugendlicher nicht zu Lasten älterer Arbeitsloser gehen.
Koordinierung der mitgliedstaatlichen Arbeitsmarkt- und Sozialversicherungsreformen im Rahmen des europäischen Semesters.	 Die Einbeziehung von Arbeitsmarkt- und Sozialversicherungsreformen in das Europäische Semester erhöht den Druck auf die Mitgliedstaaten, Reformen durchzuführen.
Bewertung sozialer Aspekte bei der Folgenabschätzung für künftige Unterstützungsprogramme für Euro-Staaten .	 Eine Berücksichtigung sozialer Aspekte kann helfen, unnötige soziale Härten zu vermeiden. Sie darf aber nicht dazu führen, dass notwendige strukturelle Reformen verschoben werden. Denn soziale Härten sind umso größer, je später Reformen durchgeführt werden.
Durchsetzung der Arbeitnehmerfreizügigkeit und Verbesserung der grenzüberschreitenden Arbeitnehmermobilität innerhalb der EU.	 Mitgliedstaatliche Bestrebungen, einzelne Berufsgruppen vor europäischer Konkurrenz zu schützen, können durch EU-Handeln eingedämmt werden. Eine höhere Arbeitnehmermobilität kann zugleich Arbeitslosigkeit reduzieren und Knappheit an Arbeitskräften mildern, was Wachstum und Beschäftigung erhöht.
Überarbeitung der Arbeitnehmer-Entsenderichtlinie mit dem Ziel der Bekämpfung von „Sozialdumping“.	 Die Entsenderichtlinie sollte so reformiert werden, dass nationale Sozialstandards nicht umgangen werden und gleichzeitig die Arbeitnehmerfreizügigkeit nicht einschränkt wird.
Verbesserung der Arbeitnehmerqualifikation, u.a. durch finanzielle Unterstützung für die Berufsausbildung und Programme für lebenslanges Lernen.	 Eine praxisorientierte (duale) Berufsausbildung und Programme für lebenslanges Lernen verbessern die Qualifikation der Arbeitnehmer. Dies erhöht ihre Beschäftigungschancen.
Erhöhung der Attraktivität Europas für qualifizierte Arbeitskräfte aus Drittstaaten durch eine neue Zuwanderungspolitik.	 Zuwanderung bekämpft Fachkräftemangel. Sie sollte erleichtert werden, indem nationale Schranken abgeschafft werden. Dazu zählen v.a. staatlich vorgegebene Lohnuntergrenzen und Arbeitsmarktprüfungen.
Für alle Kommissionsaktivitäten Ermittlung ihrer Auswirkungen auf Beschäftigung und Sozialfragen .	 Es muss zur politischen Selbstverständlichkeit werden, die Auswirkungen von EU-Handeln auf die Beschäftigung zu berücksichtigen.

Kommissar

Umweltschutz, Meerespolitik und Fischerei



Karmenu Vella

Progressive Allianz der Sozialdemokraten (S&D), Malta

Enge Zusammenarbeit mit den Vize-Präsidenten für

- Energieunion (Maroš Šefčovič, Slowakei)
- Arbeitsplätze, Wachstum, Investitionen und Wettbewerbsfähigkeit (Jyrki Katainen, Finnland)

Zielvorgaben von Jean-Claude Juncker für Karmenu Vella

- Abstimmung des nahezu vollständigen EU-Umweltrechts mit der Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen
- Schaffung von Arbeitsplätzen durch umweltpolitische Maßnahmen
- Weiterentwicklung des umweltpolitischen Konzepts „Grünes Wachstum“ zur Förderung umweltfreundlicher Technologien
- Weiterentwicklung des meerespolitischen Konzepts „Blaues Wachstum“ zur Förderung innovativer Unternehmen

Arbeitsaufträge	cepBewertung
Überprüfung und ggf. „ Modernisierung “ des EU-Umweltrechts .	 Die Revision des EU-Umweltrechts zur Anpassung an geänderte ökologische und ökonomische Rahmenbedingungen sowie wissenschaftliche Erkenntnisse ist grundsätzlich sinnvoll.
Bestandsaufnahme der laufenden EU-Gesetzgebungsverfahren zur Luftverschmutzungsstrategie und ggf. Neupositionierung.	 Um grenzüberschreitende Luftverschmutzung zu begrenzen und Wettbewerbsverzerrungen im Binnenmarkt zu verhindern, sind verbindliche Emissionsvorgaben auf EU-Ebene unerlässlich.
Bestandsaufnahme des Maßnahmenpakets und des laufenden EU-Gesetzgebungsverfahrens zur Kreislaufwirtschaft und ggf. Neupositionierung unter Berücksichtigung der Arbeitsplatz- und Wachstumsagenda sowie der allgemeinen Umweltziele.	 Allgemein liegt eine Abstimmung umwelt- und wirtschaftspolitischer Ziele im Interesse beider Belange. Bei Konflikten ist eine Abwägung zu treffen, die ökonomischen Anliegen gerecht wird, ohne das umweltpolitische Ziel zu vereiteln.
Aktive Beteiligung an der Ausgestaltung der internationalen Meerespolitik im Rahmen der Vereinten Nationen sowie weiteren multi- und bilateralen Foren.	 Die EU kann für die Mitgliedstaaten mit einer Stimme sprechen und so die europäische Verhandlungsposition stärken. Dies setzt eine Interessenübereinstimmung aller Mitgliedstaaten voraus.

Kommissarin

Wettbewerb



Margrethe Vestager

Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa (ALDE),
Dänemark

Enge Zusammenarbeit mit den Vize-Präsidenten für

- Digitaler Binnenmarkt (Andrus Ansip, Estland)
- Energieunion (Maroš Šefčovič, Slowakei)
- Arbeitsplätze, Wachstum, Investitionen und Wettbewerbsfähigkeit (Jyrki Katainen, Finnland)

Zielvorgaben von Jean-Claude Juncker für Margrethe Vestager

- Beitrag zur Agenda für Beschäftigung und Wachstum
- Innovationslenkung über die Wettbewerbspolitik
- Sicherstellung, dass der Markt zum Wohl der Verbraucher und Unternehmen beiträgt
- Werben für die Wettbewerbspolitik bei Bürgern und „Interessenträgern“

Arbeitsaufträge

cepBewertung

Einsatz der wettbewerbspolitischen Instrumente für die **Agenda für Beschäftigung und Wachstum**, insbesondere in den Bereichen:

- Digitaler Binnenmarkt,
- Energiepolitik,
- Finanzdienstleistungen,
- Industriepolitik und
- Kampf gegen Steuerhinterziehung.

Entwicklung neuer ökonomischer und juristischer Modelle für die Bewertung von Wettbewerbsaspekten und zur Marktbeobachtung.

☐ Ein unverfälschter Wettbewerb kann am besten zu Beschäftigung und Wachstum beitragen. Wettbewerbspolitische Instrumente sollten daher nicht zur Förderung anderer Ziele instrumentalisiert werden. Denn dann besteht die Gefahr, dass knappe Ressourcen in Bereiche gelenkt werden, in denen sie keinen oder nur einen geringen Mehrwert erzeugen. Sachgerechte juristische und ökonomische Modellen können den Wettbewerb zu stärken.

Förderung einer „Wettbewerbskultur“ in der EU und weltweit.

Effektive Durchsetzung der EU-Vorschriften in den Bereichen **Kartellrecht, Fusionskontrolle und staatliche Beihilfen**.

Auch weiterhin Anpassung der wettbewerbsrechtlichen Instrumente an die Entwicklungen auf den Märkten.

☑ Ein funktionierender Wettbewerb spornt zu Leistungssteigerungen an und trägt so zum Wohlstand bei. Dazu kann eine „Wettbewerbskultur“ beitragen. Die effektive Durchsetzung der Wettbewerbsregeln sorgt für faire Wettbewerbsbedingungen und Rechtssicherheit. Sie schreckt zudem Wettbewerbsverletzer ab und verhindert so das Entstehen von Wettbewerbsverstößen.

Weltweite Stärkung der **internationalen Zusammenarbeit** in der Wettbewerbspolitik.

☑ Weltweit wird der Wettbewerb oft durch grenzüberschreitende Kartelle verfälscht. Eine internationale Zusammenarbeit in der Wettbewerbspolitik kann helfen, dadurch entstehende Verzerrungen zu vermeiden.

Die weiteren Vize-Präsidenten und Kommissare



Vize-Präsidentin – Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik
Federica **Mogherini**, Progressive Allianz der Sozialdemokraten (S&D), Italien



Vize-Präsidentin für Haushalt und Personal
Kristalina **Georgieva**, Europäische Volkspartei (EVP), Bulgarien



Kommissar für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
Vytenis **Andriukaitis**, Progressive Allianz der Sozialdemokraten (S&D), Litauen



Kommissar für Migration und Innenpolitik
Dimitris **Avramopoulos**, Europäische Volkspartei (EVP), Griechenland



Kommissarin für Regionalpolitik
Corina **Crețu**, Progressive Allianz der Sozialdemokraten (S&D), Rumänien



Kommissar für Europäische Nachbarschaftspolitik und Erweiterungsverhandlungen
Johannes **Hahn**, Europäische Volkspartei (EVP), Österreich



Kommissar für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
Phil **Hogan**, Europäische Volkspartei (EVP), Irland



Kommissarin für Handel
Cecilia **Malmström**, Allianz d. Liberalen u. Demokraten für Europa (ALDE), Schweden



Kommissar für Internationale Zusammenarbeit und Entwicklung
Neven **Mimica**, Progressive Allianz der Sozialdemokraten (S&D), Kroatien



Kommissar für Forschung, Wissenschaft und Innovation
Carlos **Moedas**, Europäische Volkspartei (EVP), Portugal



Kommissar für Bildung, Kultur, Jugend und Bürgerschaft
Tibor **Navracsics**, Europäische Volkspartei (EVP), Ungarn



Kommissar für humanitäre Hilfe und Krisenmanagement
Christos **Stylianides**, Europäische Volkspartei (EVP), Zypern

cep | Centrum für Europäische Politik

Das cep | Centrum für Europäische Politik in Freiburg ist der europapolitische Think Tank der gemeinnützigen Stiftung Ordnungspolitik. Es ist ein Kompetenzzentrum zur Recherche, Analyse und Evaluierung der EU-Politik. Seine Analysen beruhen auf den Grundsätzen einer freiheitlichen und marktwirtschaftlichen Ordnung. Vorstand des cep ist Prof. Dr. Lüder Gerken. Dem Kuratorium des cep gehören Bundespräsident a.D. Prof. Dr. Roman Herzog, der ehemalige polnische Finanzminister und Notenbankpräsident Prof. Dr. Leszek Balcerowicz, der frühere EU-Kommissar Prof. Frits Bolkestein, der ehemalige Präsident der Deutschen Bundesbank Prof. Dr. Hans Tietmeyer sowie der frühere Chefvolkswirt der Europäischen Zentralbank Prof. Dr. Jürgen Stark an.

Alle Abbildungen und Fotos: ©Europäische Kommission, 2014.